Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 277. Sonnabend, 28. November 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Eine Rede Dr. Krupps v. Bohlen und Halbach.

Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

)(Berlin. Der neue Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, **Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach**, eröffnete gestern nachmittag die **Hauptausschußsitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie** mit einer Rede, in der er ausführte: Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Herrn Dr. Solmssen, des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herrn v. Mendelssohn, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Herrn Grünfeld, des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Uebersee-handels, Herrn Geheimrat Ravené, des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Derlien, des Reichsverbandes der Privatversicherung, Herrn Geheimrat Riese und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn v. Borsig, halte ich es für geboten, **folgende Erklärung abzugeben:**

„Die deutsche Wirtschaft ist seit Monaten Zeuge von Vorkommnissen innerhalb ihrer Reihen, deren Zahl die Gefahr heraufbeschwört, daß sie nicht als Einzelerscheinungen, sondern als Zeichen eines allgemeinen Niederganges der kaufmännischen Ehrbarkeit gewertet werden. Wir weisen darauf hin, daß zu allen Zeiten schwerer politischer und wirtschaftlicher Krisen, wie solche Deutschland seit nunmehr Jahrzehnten bedrängen, einzelne verstanden haben, die Umschichtung der Verhältnisse unter Verletzung von Treu und Glauben zum Schaden der Gesamtheit für sich auszunutzen. Der gesunde Sinn der deutschen Kaufmannschaft lehnt derartige Machenschaften entschieden ab. Sie betrachtet unbestechliche Ehrbarkeit als höchste Pflicht aller Berufsangehörigen und ist nicht gewillt, ihren guten Namen durch Duldung lauer Moralbegriffe gefährden zu lassen. Ueber die Ahndung krimineller Vergehen durch den Strafrichter hinaus wenden wir uns dementsprechend auch gegen jede Handlungsweise, die in Widerspruch zu dem Grundsatz der kaufmännischen Ehre steht und mißbilligen jeden Verstoß gegen die Pflichten, die dem Unternehmer gegenüber seinem Betrieb und gegenüber der Allgemeinheit obliegen.

Wir erachten es als unsere besondere Pflicht in dieser Zeit, alle Kräfte an die Selbstreinigung der deutschen Wirtschaft zu wenden gegenüber jedem, der vom Wege des ehrbaren Kaufmanns abweicht, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen und in vorkommenden Fällen die weitere Zugehörigkeit der Betroffenen zu den Organen der Spitzenverbände von dem Ergebnis der zu treffenden Feststellungen abhängig zu machen".

Abschließend erklärte er dann, es dürften allerdings aus den traurigen, aber immerhin im Vergleich zu der großen Gesamtheit der Unternehmungen vereinzelt nur vorgekommenen Uebelständen nicht Verallgemeinerungen gefolgert werden. Wir erleben es tagtäglich, daß noch immer — nicht einmal böswillige — Besucher aus dem Auslande auf gewisse äußere Fassaden in ihrem Urteil bezugnehmen und das furchtbare Elend hinter dieser Fassade nicht sehen wollen. Wir dürfen nicht zögern, auch in der Frage der Reichsreform die Schritte zu unternehmen, die von dem Zwange zu einer sparsamen, übersichtlichen und einheitlichen Verwaltung diktiert sind.

Was die **Reparationsfrage** betrifft, so hat die **Entwickelung dieses Jahres mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Reparationen nicht nur für Deutschland eine unhaltbare Belastung darstellen,** sondern daß sie auch **weltwirtschaftlich gesehen, ein Wahnsinn sind.** Es ist für den Reichsverband selbstverständlich, daß er in der Front derer steht, die in dem **Versailler Vertrag keine endgültige Regelung** sehen, die Jahrzehnte und Geschlechter überdauern kann. **Im Interesse der europäischen Völkergemeinschaft muß und wird eine Lösung gefunden werden, die dem Gedanken der fruchtbaren Zusammenarbeit der Völker einen neuen Auftrieb gibt.**

Zur Währungsfrage übergehend, erklärte der Redner: **Pflicht des Reichsverbandes ist, jede Maßnahme, die die Währung zu erschüttern geeignet wäre, auf das entschiedenste abzulehnen und jede Maßnahme zu unterstützen, die der Sicherung der Währung dient.**

Wir wünschen und wollen, so schloß Dr. Krupp von Bohlen seine Rede, **daß die deutsche Arbeiterschaft unter materiellen Bedingungen lebt, die dem deutschen Arbeiter nicht nur eine Sicherung seiner Existenz, sondern auch dem Fleißigen und Tüchtigen wieder einen Aufstieg ermöglichen. Wir sehen es als unsere Hauptaufgabe an, dem deutschen Volke in allen seinen Schichten nach Ueberwindung der jetzigen Notzeit wieder zu einer Erhöhung der Lebenshaltung zu verhelfen und den Weg zu ebnen für einen kulturellen und nationalen Wiederaufstieg.**

*

Industrie- und Handelstag zur Handelspolitik.

vbz. Der **Außenhandelsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages** befaßt sich in einer Sitzung mit der **handelspolitischen Gesamtlage.** Dabei kam zum Ausdruck, wie die sich **täglich verschärfenden handels- und finanzpolitischen Absperrmaßnahmen** der meisten Länder **letzten Endes zur Aufhebung der Weltwirtschaft führen.** Die so vor sich gehende Rückentwicklung zu primitiven Austauschverhältnissen widerspreche den Erfordernissen nicht nur der industriell fortgeschrittenen Länder, sondern im Grunde auch der Rohstoff- und Agrarländer der Weltwirtschaft. Jedenfalls sei die gegenwärtige Krise der internationalen Handelspolitik vor allem auf die Störungen der normalen wirtschaftlich bestimmten Kapital- und Zahlungsbewegung zurückzuführen, die zugleich die stärkste Ursache der gegenwärtigen Gesamtkrise überhaupt seien. Die gegenwärtig in fast allen Ländern ergriffenen handelspolitischen Maßnahmen, die einer Verschlechterung der **Zahlungs- und Devisenlage** entgegen wirken sollen, kurierten nur an äußeren Merkmalen und steigerten das Uebel, statt es zu mindern. Demgegenüber wurde betont, daß die bisherige Linie der deutschen Handelspolitik weiterzuführen und an dem für eine günstige Entwicklung der Weltwirtschaft wie insbesondere für Deutschland unerläßlichen Grundsatz der Meistbegünstigung festzuhalten sei.

Innerhalb dieses Rahmens wurde die **Notwendigkeit betont, in Europa zu besseren, handelspolitischen Raumgestaltungen zu kommen.** Die Einleitung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wurde unter diesem Gesichtspunkt besonders begrüßt. Daneben sei die Tatsache zu würdigen, daß unter den rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Ergänzung in Absatz und Aufnahme ihrer landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse besonders die Länder in Mitteleuropa einschließlich Deutschlands aufeinander angewiesen seien. Dabei würde vertraglich zu sichern sein, daß der handelspolitische Fortschritt tatsächlich gefördert wird und die Gesamtwirkung auch den außenstehenden Ländern zugute kommt.

Unbeschadet der grundsätzlichen Linie der deutschen Handelspolitik wurde **mit großem Ernst die Forderung erhoben, daß die deutsche Handelspolitik Absperrmaßnahmen des Auslandes nicht ohne weiteres hinnimmt,** sondern das Geeignete zu Abwendung und Gegenwehr tut. Namentlich wurde auch gesteigerte Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen für die wachsenden Schwierigkeiten in Anspruch genommen, die aus der Devisenbewirtschaftung zahlreicher Länder der Einbringung deutscher Ausfuhrerlöse erwachsen.

Denkschrift des deutschen Einzelhandels.

Berlin. (Funkspruch.) Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat anläßlich des Abschlusses der Beratungen des Wirtschaftsbeirates die **Preis- und Kostenentwicklung für Waren verschiedenster Art einer Nachprüfung unterzogen** und eine Denkschrift über die Frage an den Reichskanzler und andere Reichs- und Staatsbehörden gesandt.

Diese Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß bestimmte Ausgabengruppen des Lebenshaltungs-Index dem bisherigen Preisrückgang des freien Marktes nicht ausreichend gefolgt seien. Das treffe für die Kosten für Verkehr, Heizung und Beleuchtung und vor allem für die Mieten zu. Während die Bekleidungskosten seit Juli 1929 um 22 Prozent und die Ernährungskosten um 20,7 Prozent gesunken seien, wiesen die Mieten eine Steigerung um 4,4 Prozent auf.

Der Sturz der Weltmarktpreise für Weizen und Roggen sei wegen der hohen Agrarzölle im inländischen Preisniveau nicht annähernd zum Ausdruck gekommen. Die Weltmarktpreise für Weizen seien seit 1929 um 60 Proz. gesunken, während die Weizenpreise in Deutschland nur um 12 bis 13 Prozent zurückgegangen seien. Die Preise in Deutschland betrügen mehr als das 2½fache der Weltmarktpreise. Die Weltmarktpreise für Roggen seien um etwa 50 Prozent gesunken, während die Inlandspreise, Dank der Zollpolitik, um 6 bis 8 Prozent anziehen konnten.

Eine Lockerung des Preisschutzes für Markenartikel habe nur geringe Bedeutung, da von den Ausgaben zur Ernährung und Körperpflege insgesamt nur 5,3 Prozent auf preisgebundene Markenartikel entfielen.

Eine Senkung der gebundenen Preise für Düngemittel, Eisen- und Kohlenpreise, Preise auf dem Baumarkt im Rahmen der kartellmäßigen Bindungen sei dringend erforderlich, da hier die Preisbildung der allgemeinen Preissenkung nicht gefolgt sei. Daneben müßten die Preise für Geschäftsräume, Wohnungen, Heizung, Beleuchtung und Verkehr gesenkt werden, wenn eine fühlbare Hebung der Kaufkraft herbeigeführt werden solle.

Abbruch der Abrüstungskundgebung.

Wüste Lärm- und Prügelszenen.

)(Paris. Die **Abrüstungskundgebung im Trocadero mußte abgebrochen** werden. Als Herriot mit dem Führer der Frontkämpfervereinigung, Croix du Feu, sich dahin zu verständigen versuchte, daß einer ihrer Leute zu Wort käme, verlangten diese, sofort das Wort ergreifen zu dürfen. Dies wurde abgelehnt.

Hierauf **stürmten die Manifestanten das Podium. Es kam zu Schlägereien.** Herriot und de Jouvenel konnten sich nur mit Mühe vor tätlichen Angriffen schützen. Eine Kette von Polizisten deckte sie, und de Jouvenel konnte, um der Form zu genügen, wenigstens die vorgesehenen Schlußworte sprechen.

Sämtliche auswärtigen Delegierten, die an dem Kongreß teilgenommen haben, gaben ihrer Entrüstung über die Vorfälle unverhohlen Ausdruck.

Augenzeugen wollen berichten können, daß die Kundgebungen von einer Loge ausgegangen seien, in der ein bekannter französischer Schriftsteller anscheinend tonangebend war. Um diese Loge entspann sich ein heftiges Handgemenge, bis die Insassen genötigt waren, ihre Plätze zu räumen.

In der unter dem Vorsitz zweier Generäle im Wagram-Saale gestern abend abgehaltenen **Gegenkundgebung** soll es gleichfalls zu **Zwischenfällen** gekommen sein. Hier sind, wie berichtet wird, kommunistische Elemente gegen die Redner aufgetreten. Erst, nachdem sie aus dem Saale entfernt worden waren, konnte die Kundgebung ihren Verlauf nehmen.

Paris. (Funkspruch.) Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit den **lärmenden Kundgebungen im Trocadero,** die zum Schluß der öffentlichen Kundgebung für die Abrüstung zu einem Sturm auf die Rednertribüne geführt haben. Die Blätter der Rechten, wie die Coty-Presse und „Echo de Paris", begrüßen die Kundgebungen, während die radikale „Republique" und „Oeuvre" sich scharf gegen die Urheber der Ausschreitungen wenden.

Heftige Kämpfe um Tientsin.

Paris. (Funkspruch.) Havas berichtet, es werde offiziell aus Tientsin gemeldet, daß der **Kampf zwischen chinesischen und japanischen Truppen um 7 Uhr morgens mit größter Heftigkeit wieder entflammt** sei. Minenwerfer, Maschinengewehre und leichte Feldartillerie sollen die japanische Konzessionszone belegt haben. Die japanischen Truppen haben das Feuer mit Maschinengewehren und 75-Millimeter-Geschützen erwidert.

*

Zurückziehung der japanischen Kräfte.

Tokio. Der **japanische Vormarsch auf Tschingtschau** ist durch Regierungsbefehl **aufgehalten** worden. Die japanischen Truppen werden hinter dem Lia-Fluß Aufstellung nehmen. General Honjo soll beschlossen haben, die Truppen, die gegenwärtig westlich von Mukden stehen, in das Eisenbahnschutzgebiet zurückzuziehen.

Einfuhrverbote auch in Dänemark

Kopenhagen, 28. November.

Der Gesetzentwurf über Einfuhrverbote und Zollerhöhung ist vom Folketing und Landting gestern endgültig angenommen worden.

Stimson berichtigt Laval

Washington, 28. November.

Ueber Lavals Erklärung, daß die Reparationen das Vorrecht vor den privaten Auslandsschulden hätten, befragt, erklärte Staatssekretär Stimson, die Frage der Priorität sei bekanntlich umstritten. Die britische Regierung nehme, soweit hier bekannt sei, einen Standpunkt ein, der dem nach den Presseberichten von Laval vertretenen direkt entgegengesetzt sei. Auch die amerikanische Regierung habe bestimmte Ansichten hierüber, habe aber bisher noch keine offizielle Stellung dazu eingenommen und könne das auch im gegenwärtigen Augenblick nicht tun. Zur Frage, welche Ermäßigung Amerika Frankreich im Falle der Reduzierung der Reparationen gewähren werde, erklärte Stimson, er möchte sich zur Zeit nicht darüber äußern.

SLUB
Wir führen Wissen.